

Bürgerbegehren liegt auf Eis

Ärger wegen zwei geplanter Solarparks in Hohenfelde: Gemeinde legte Widerspruch gegen Abstimmung ein



Der Blick von der Niederreihe in Hohenfelde auf den Bereich, wo einmal einer der beiden Solarparks entstehen soll: Noch grasen dort Kühe. Im Hintergrund sieht man die A 23.

Fotos: Anna Krohn

Anna Krohn

Man wird sauer und ist auch misstrauisch, wenn die Gemeinde nicht frühzeitig auf einen zugeht“, sagt Hermann Schreiber. Der 79-Jährige und seine Frau Anna-Maria leben in der Niederreihe in Hohenfelde. Der rückwärtige Teil ihres Grundstücks grenzt direkt an die Kremper Au – und an das Gebiet, auf dem der Solarpark Hohenfelde-West geplant ist, mit einer Größe von etwa 16 Hektar. Eine weitere Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einer Größe von etwa 59 Hektar, der Solarpark Hohenfelde, wo zirka 30 Hektar mit Solar-Modulen bebaut werden sollen, ist auf der anderen Seite der A 23 geplant. Investor ist jeweils die Actensys GmbH aus Bayern.

Schreiber sagt ganz klar, dass er „nicht von Berufs wegen“ Kritiker und gegen Solarparks sei. „Uns bewegt hier die Natur, das ganze Drumherum und was mit diesen Solarparks alles einhergeht.“ Und was ihn ärgere: Während eines Spaziergangs im September 2020 habe er nur durch Zufall erfahren, dass in der Gemeinde große Flächen mit Solar-Modulen bestückt werden sollen, „und da war es schon sehr weit geplant. Und selbst dieses Jahr, als wir die Unterschriften gesammelt haben, waren viele Bürger entsetzt, weil sie noch nichts von den

Solarparks wussten“. Auch Margrit Fölster (73) und Jörn Lade (69) leben in der Niederreihe. Sie sagen, auch sie hätten von den Planungen nur durch Zufall erfahren, fühlen sich von der Gemeinde zu spät und schlecht informiert.

Lade sagt außerdem: „Die Solarparks werden, mit dem kleineren in Rethwisch, eine Größe von 122 Fußballfeldern haben, das muss man sich mal vor Augen führen.“ „Dieser Solarpark gehört hier einfach nicht hin. Selbst das Innenministerium bezeichnet das Vorhaben in seiner Stellungnahme als ‚kritisch‘, weil wir hier schon vorbelastet seien wegen der Strommasten, der Windräder, der Autobahn und der Zementfabrik“, ergänzt Margrit Fölster.

Das Paar betreibt die Internetseite www.dorfgezwitscher.de, auf der es regelmäßig über die geplanten Solarparks und das dazugehörige Geschehen schreibt. Und die beiden leiteten ein Bürgerbegehren in die Wege – gegen das die Gemeinde Widerspruch einlegte, weshalb es nun auf Eis liegt. Fölsters und Lades Hauptargumente gegen die Solarparks, sind unter anderem, dass die Landschaft „weithin sichtbar verschandelt“ werde, der „feuchte Untergrund wertvoller Moorboden“ sei, „der als CO₂-Speicher einen immensen Beitrag zum Klima leisten kann und für viele Pflanzen- und Tierarten als Feuchtbiotop nicht ersetz-



Sie sammelten Unterschriften für das Bürgerbegehren, das nun auf Eis liegt: Margrit Fölster (v.l.), Inge Sibbert, Hermann und Anna-Maria Schreiber sowie Jörn Lade.

„Selbst das Innenministerium bezeichnet das Vorhaben in seiner Stellungnahme als ‚kritisch‘.“

Margrit Fölster
Anwohnerin aus Hohenfelde

bar ist“. Außerdem sprechen sie von einem Verlust an Lebensqualität, und auch mit einem Wertverlust von Immobilien müssten Hohenfelder Bürger rechnen.

Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren, die Lade und Fölster in die Wege leiteten und an der sich die Schreibers und auch Inge Sibbert aus dem Dorf beteiligten, erfolgte ab Mai 2022. Fölster und Lade wollen, dass die Bürger selbst entscheiden, ob sie die Solarparks wollen. Am 7. Juli reichten sie das Bürgerbe-

gehren ein. „Wir haben 104 gültige Unterschriften, 78 hätten wir gebraucht. Alles wurde für zulässig erklärt“, erläutert Fölster. Die Abstimmungsfrage lautet: „Soll die Gemeinde Hohenfelde alle Planungen und Planungsgrundlagen zum Bau der Photovoltaik-Freiflächenanlagen Solarpark Hohenfelde (...) und Solarpark Hohenfelde-West (...) stoppen und nicht weiterverfolgen, und sollen infolge die genannten Aufstellungsbeschlüsse der Gemeindevertretung aufgehoben werden?“

Doch dann kam der Widerspruch der Gemeinde. Dazu teilt Bürgermeister Torben Stuke (Wählergemeinschaft Hohenfelde, WGH) auf Nachfrage mit: „In unserer Stellungnahme sind wir auf formelle Dinge und auf inhaltliche Aussagen in der Begründung des Bürgerbegehrens eingegangen,

die nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen und sich teilweise als schlicht falsch herausgestellt haben.“ Dass auf dieser Basis gewählt werde, könne nicht richtig sein. Man sei der Ansicht, dass einige Punkte in der Stellungnahme der Gemeinde von der Kommunalaufsicht des Kreises nicht geprüft, „Falschdarstellungen hingenommen“ worden seien. Man habe sich deshalb einen Anwalt genommen, und da dieser die Ansicht der Gemeinde bestätigte, habe man offiziell Widerspruch eingelegt. Die Begründung sei kürzlich an den Kreis gegangen.

Stuke stellt klar: „Wenn die Bürger an die Urne gehen, soll alles stimmen und überprüft worden sein, denn mein Auftrag ist es, dass die Gemeinde rechtlich einwandfrei arbeitet.“ Er weist außerdem darauf hin, dass über den Antrag des Investors Actensys und einiger Landeigentümer, die 2020 auf die Gemeinde zugegangen seien, demokratisch im Gemeinderat abgestimmt wurde, „und es ist mehrheitlich genehmigt worden“. Das Gleiche gelte für die Stellungnahme der Gemeinde zum Bürgerbegehren, „es gab acht Ja-Stimmen und eine Enthaltung“.

Zu dem Vorwurf, man habe die Bürger nicht rechtzeitig und nicht ausreichend informiert, betont Stuke, zu den Bauausschuss- und Gemeinderatssitzungen, in denen die Änderungen von

Flächennutzungs- und die Aufstellung von Bebauungsplänen Thema waren, auch bereits im September 2020, „wurde ortsüblich immer eingeladen. Es gab in den Schaukästen Aushänge, die Einladung zur Sitzung und alle Dokumente waren auf der Homepage des Amtes eingestellt“. Auch Termine, bei denen die Firma Actensys ihre Pläne genauer vorstellte, seien stets veröffentlicht worden.

Stuke sagt aber auch: „Über das Vorhaben an sich hätte aus meiner Sicht auch

„Über das Vorhaben an sich hätte aus meiner Sicht auch der Vorhabenträger informieren sollen.“

Torben Stuke
Bürgermeister von Hohenfelde

der Vorhabenträger informieren sollen. Hierauf habe ich ihn mehrfach hingewiesen und meine Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu den betroffenen Anliegern angeboten.“

Nun entscheidet die Obere Kommunalaufsicht in Kiel über das Bürgerbegehren. Jörn Lade sagt: „Wir hoffen natürlich, dass der Widerspruch abgewiesen wird.“ Und Hermann Schreiber ergänzt: „Ideal wäre als Termin für die Abstimmung natürlich dann die Kommunalwahl 2023.“